

Saalfeld-Rudolstadt: Linke wollen Scheinkandidaturen per Gesetz abschaffen

Gesamtmitgliederversammlung in Bad Blankenburg stellt sich einmütig hinter den Antrag von Hubert Krawczyk. Bayern dient als Vorbild.

26. Oktober 2017 / 02:59 Uhr

Bad Blankenburg. Hubert Krawczyk, Urgestein der Rudolstädter Linken, der für seine Partei im Stadtrat und im Kreistag sitzt, ist so etwas wie ein Gerechtigkeitsapostel. Deshalb sind ihm Tricksereien zuwider – auch im politischen Geschäft.

Seit Jahr und Tag ist er einer der energischsten Kämpfer gegen Scheinkandidaturen. Darunter versteht man, wenn sich kommunale Wahlbeamte wie Bürgermeister oder Landräte um ein Mandat im eigenen Stadtrat oder Kreistag bewerben, obwohl sie das Mandat nur annehmen könnten, wenn sie ihr Amt niederlegen. Was bisher im Landkreis noch kein gewählter Beamter getan hat.

Mit ihrer Bekanntheit – und mitunter Beliebtheit – beim Wähler ziehen die Scheinkandidaten in aller Regel eine Menge Stimmen für jene Fraktion, für die sie kandidieren, und besorgen sich so eine Hausmacht im Parlament.

In Rudolstadt beispielsweise kandidierte Bürgermeister Jörg Reichl bei der Stadtratswahl 2014 auf Platz eins der Liste der Bürger für Rudolstadt (BfR). Er holte mit 2441 die meisten Stimmen aller Bewerber und sorgte so dafür, dass seine Partei mit acht die meisten Sitze im Stadtrat erhielt.

Da er selbst sein Mandat nicht annahm, kamen BfR-Kandidaten ins Parlament, deren eigene Stimmenzahl dafür nie und nimmer ausgereicht hätte.

Das Phänomen findet sich in allen Parteien, die Verlockung ist groß, denn verboten sind Scheinkandidaturen in Thüringen nicht. Bei der selben Wahl katapultierte Bad Blankenburgs Linken-Bürgermeister Frank Persicke seine Stadtratsfraktion auf Platz eins. In Probstzella tat es ihm Seven Mechtold gleich, bei der Kreistagswahl im Frühjahr 2014 kandidierten mit Landrat Hartmut Holzhey für die CDU und Vize-Landrat Marko Wolfram für die SPD gleich beide Spitzenbeamte des Landkreises. Keiner von beiden nahm das souverän gewonnene Mandat an. Das ist nichts anderes als Wählertäuschung.

Der Vorstoß von Hubert Krawczyk, der bei der Gesamtmitgliederversammlung der Linken am Wochenende in Bad Blankenburg ohne Gegenstimme verabschiedet wurde, sieht nun vor, das Thüringer Kommunalwahlgesetz so zu ändern, dass Scheinkandidaturen kommunaler Wahlbeamter bei künftigen Gemeinderats-, Stadtrats- und Kreistagswahlen nicht mehr möglich sind. Die Fraktion der Linken im Thüringer Landtag möge eine entsprechende Gesetzesinitiative starten. Was übrigens auch der Beschlusslage von Partei und Koalitionsvertrag entspreche, wie Linken-Kreischef und MdL Rainer Kräuter recherchiert hat.

Ein Beispiel, wie die Gesetzesnovelle aussehen kann, hat Krawczyk gleich im Antrag mitgeliefert. Im Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz des Freistaates Bayern werden Schummelkandidaten wie Bürgermeister und Landräte als „nicht wählbar“ aufgeführt. Dass sie in dieser Hinsicht selbst vom konservativen Bayern lernen können, erstaunte einige Linke. Hinderte sie aber nicht daran, dem Krawczyk-Antrag zur Mehrheit zu verhelfen.